

Bezirksverband Mittelfranken
Kreisverband Erlangen-Höchstadt

Martin Jendert

Bezirksvorsitzender CSA Mittelfranken

Christian Thuselt

Kreisvorsitzender CSA Erlangen-Höchstadt

Antrag

Keine Quoten auf Wahlzetteln

Die CSU Mittelfranken möge beschließen, sich deutlich gegen alle Versuche auszusprechen, Wahlen durch Versuche einer staatlich verordneten Quotierung der Kandidaten oder durch als Beeinflussung zu verstehende Hinweise auf dem Wahlzettel zu beeinflussen.

Begründung: Zuletzt ist mehrfach der Wunsch geäußert worden, die Zahl der Frauen in deutschen Parlamenten zu erhöhen. Gegen diesen Wunsch spricht nichts. Wohl aber gegen die hierbei vorgeschlagenen Mittel und Wege. So hat etwa das Land Rheinland-Pfalz beschlossen, dass auf Wahlzetteln angegeben werden solle, wie viele Frauen dem jeweiligen Parlament bislang angehörten. Dies wurde vom Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz als verfassungswidrig abgelehnt, da die Freiheit der Wahlentscheidung beeinträchtigt werde. Dessen ungeachtet wurde im Land Brandenburg beschlossen, Listen müssten paritätisch besetzt sein. Jedoch gehört nicht nur die Gleichberechtigung der Frau zu den Staatszielen der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch das Recht der Parteien auf freie Willensbildung. Nichts spricht gegen freiwillige Quoten auf Parteilisten, eine verpflichtende Quotierung würde jedoch dieses Recht auf freie Meinungsbildung extrem einschränken. Ebenso erscheint es fragwürdig, etwa den Satz „Männer und Frauen sind gleich“ auf dem Wahlzettel aufzudrucken. Es könnte ja auch der Satz „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes“ aufgedruckt werden. Dies ließe sich wohl recht eindeutig als Wahlbeeinflussung zugunsten der CSU erkennen. Es wären ja auch andere unterrepräsentierte Gruppen im Parlament denkbar: Busfahrer, Paketboten, Krankenschwestern, Juden, Methodisten, Behinderte, Menschen ohne Abitur, usw. Der Deutsche Bundestag wird jedoch nicht vom Statistischen Bundesamt aufgestellt, sondern vom Wähler in freier *Selbstbestimmung*. Dieses urliberale Prinzip wird durch den Versuch gefährdet, verbindlich von staatlicher Seite festzulegen, welche Identitäten (hier: Mann vs. Frau) als einzige so relevant seien, dass die Wählerschaft nach ihr in Gruppen unterteilt und danach als eben diese Gruppen im Parlament vertreten werden soll. Ebenso gut wäre denkbar, das Parlament künftig

als Ständeparlament nach von staatlicher Seite festgelegten Berufsgruppen zu unterteilen. Hier greift ein nicht zu unterschätzender Teil der akademischen Linken massiv mit den Mitteln des staatlichen Verwaltungsapparates in verfassungsrechtlich geschützte Prinzipien menschlicher Selbstbestimmung ein. Die CSU muss hier aufgerufen sein, auch wieder Gesellschaftspolitik zu betreiben und diese selbstbewusst nach außen zu kommunizieren. Sie muss auf der Grundlage der christlichen Anschauung vom Menschen einer Anschauung entgegentreten, die den Menschen nicht mehr als Subjekt begreift, das selbst festlegen kann, welche Identitäten ihm so wichtig sind, dass er seine Wahlentscheidung auf deren Grundlage selbstbestimmt fällen kann.